

Protokoll:

66/Frau Fislake erklärt, dass sich der Anteil der Stadt Koblenz an den Ausbaurkosten auf 60 % beläuft.

Herr Beigeordneter Prümm ergänzt, dass im Zuge der Abrechnung des ersten Bauabschnittes die Anlieger des gesamten Straßenabschnittes in die Abrechnung mit einbezogen worden seien. Im Zuge der Realisierung des zweiten Bauabschnittes werde vergleichbar vorgegangen.

66/Herr Gerhards erklärt, dass in der Bürgerinformationsveranstaltung darauf hingewiesen worden sei, dass sich die Kostenanteile wie beim ersten Bauabschnitt zusammensetzen.

Auf Nachfrage von Rm Bohn erklärt 66/Herr Gerhards, dass sämtliche Anlieger an den Ausbaurkosten beteiligt werden.

66/Herr Gerhards erklärt auf Nachfrage von Rm Bohn, dass sich für den Erwerb des Grundstückes Emser Straße 378 bereits Eigentümer der Nachbargrundstücke mit der Stadt Koblenz in Verbindung gesetzt haben.

Ausschussmitglied Kurz weist darauf hin, dass Teilbereiche der bereits ausgebauten Straße schadhaft seien. Er bittet im Zuge der Realisierung des zweiten Bauabschnittes, auf die Verwendung eines qualitativ hochwertigen Materials zu achten.

66/Herr Gerhards bestätigt, dass auch für die Dauer der Baumaßnahme die Andienung durch Rettungsfahrzeuge gewährleistet werde. Voraussichtlich werde Ende des Jahres 2016 oder Anfang des Jahres 2017 mit allen an der Ausbaumaßnahmen beteiligten Stellen eine Bürgerinformationsveranstaltung terminiert.

66/Herr Gerhards erklärt, dass im Zuge der Realisierung des zweiten Bauabschnittes kein Kleinpflaster mehr Verwendung finden wird. Die Ausbaumaßnahme ging über die einer reinen Straßenausbaumaßnahme weit hinaus. Aus diesem Grund wird die Ausbaumaßnahme voraussichtlich auch eine Bauzeit von 2 bis 2 ½ Jahren in Anspruch nehmen. Sämtliche Versorgungsträger würden im Zuge der Ausbaumaßnahme beteiligt werden. Die Herrichtung der Hausanschlüsse nehme viel Zeit in Anspruch.

Rm Bohn erklärt, dass die Straße trotz Verbots durch zahlreiche Lkws in Anspruch genommen würde. Er bittet die Verwaltung, Möglichkeiten zu prüfen, um den Lkw-Verkehr zu unterbinden. Möglicherweise könne eine fest installierte Blitzeinrichtung Abhilfe schaffen. Er bittet Amt 66 um entsprechende Informationen.

66/Herr Gerhards sagt zu, Rm Bohn eine schriftliche Information zukommen zu lassen.

Der Fachbereichsausschuss IV stimmt der Vorlage einstimmig ohne Stimmenthaltungen zu.